

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENSARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE

An:

ZF FRIEDRICHSHAFEN AG
D-88038 Friedrichshafen
ALLEMAGNE

PCT

MITTEILUNG ÜBER DIE ÜBERSENDUNG
DES INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
PRÜFUNGSBERICHTS

(Regel 71.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr)

25.01.2005

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
8406 WO F RO-FRI

WICHTIGE MITTEILUNG

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP 03/10276

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)
16.09.2003

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
21.09.2002

Anmelder

ZF FRIEDRICHSHAFEN AG

1. Dem Anmelder wird mitgeteilt, daß ihm die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde hiermit den zu der internationalen Anmeldung erstellten internationalen vorläufigen Prüfungsbericht, gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen, übermittelt.
2. Eine Kopie des Berichts wird - gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen - dem Internationalen Büro zur Weiterleitung an alle ausgewählten Ämter übermittelt.
3. Auf Wunsch eines ausgewählten Amtes wird das Internationale Büro eine Übersetzung des Berichts (jedoch nicht der Anlagen) ins Englische anfertigen und diesem Amt übermitteln.

4. ERINNERUNG

Zum Eintritt in die nationale Phase hat der Anmelder vor jedem ausgewählten Amt innerhalb von 30 Monaten ab dem Prioritätsdatum (oder in manchen Ämtern noch später) bestimmte Handlungen (Einreichung von Übersetzungen und Entrichtung nationaler Gebühren) vorzunehmen (Artikel 39 (1)) (siehe auch die durch das Internationale Büro im Formblatt PCT/IB/301 übermittelte Information).

Ist einem ausgewählten Amt eine Übersetzung der internationalen Anmeldung zu übermitteln, so muß diese Übersetzung auch Übersetzungen aller Anlagen zum internationalen vorläufigen Prüfungsbericht enthalten. Es ist Aufgabe des Anmelders, solche Übersetzungen anzufertigen und den betroffenen ausgewählten Ämtern direkt zuzuleiten.

Weitere Einzelheiten zu den maßgebenden Fristen und Erfordernissen der ausgewählten Ämter sind Band II des PCT-Leitfadens für Anmelder zu entnehmen.

Der Anmelder wird auf Artikel 33(5) hingewiesen, in welchem erklärt wird, daß die Kriterien für Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit, die im Artikel 33(2) bis (4) beschrieben werden, nur für die internationale vorläufige Prüfung Bedeutung haben, und daß "jeder Vertragsstaat (...) für die Entscheidung über die Patentfähigkeit der beanspruchten Erfindung in diesem Staat zusätzliche oder abweichende Merkmale aufstellen" kann (siehe auch Artikel 27(5)). Solche zusätzlichen Merkmale können z.B. Ausnahmen von der Patentierbarkeit, Erfordernisse für die Offenbarung der Erfindung sowie Klarheit und Stützung der Ansprüche betreffen.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde



Europäisches Patentamt - Gitschiner Str. 103
D-10958 Berlin
Tel. +49 30 25901 - 0
Fax: +49 30 25901 - 840

Bevollmächtigter Bediensteter

Tsogka, P

Tel. +49 30 25901-727



VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT


INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT

(Artikel 36 und Regel 70 PCT)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts 8406 WO F RO-FRI		WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/EP 03/10276		Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 16.09.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 21.09.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK B60K41/02			
Anmelder ZF FRIEDRICHSHAFEN AG			

1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.	
2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 5 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.	
<input type="checkbox"/> Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).	
Diese Anlagen umfassen insgesamt Blätter.	

3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:	
I	<input checked="" type="checkbox"/> Grundlage des Bescheids
II	<input type="checkbox"/> Priorität
III	<input type="checkbox"/> Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
IV	<input checked="" type="checkbox"/> Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
V	<input checked="" type="checkbox"/> Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
VI	<input type="checkbox"/> Bestimmte angeführte Unterlagen
VII	<input type="checkbox"/> Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
VIII	<input type="checkbox"/> Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 15.04.2004	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 25.01.2005
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt - Gitschiner Str. 103 D-10958 Berlin Tel. +49 30 25901 - 0 Fax: +49 30 25901 - 840	Bevollmächtigter Bediensteter Wiberg, S Tel. +49 30 25901-533

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1-19 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-21 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Zeichnungen, Blätter

1/1 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☐ Ansprüche, Nr.:
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

IV. Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung

1. Auf die Aufforderung zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren hat der Anmelder:
- ☐ die Ansprüche eingeschränkt.
 - ☐ zusätzliche Gebühren entrichtet.
 - ☒ zusätzliche Gebühren unter Widerspruch entrichtet.
 - ☐ weder die Ansprüche eingeschränkt noch zusätzliche Gebühren entrichtet.
2. ☐ Die Behörde hat festgestellt, daß das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nicht erfüllt ist, und hat gemäß Regel 68.1 beschlossen, den Anmelder nicht zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren aufzufordern.
3. Die Behörde ist der Auffassung, daß das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nach den Regeln 13.1, 13.2 und 13.3
- ☒ erfüllt ist.
 - ☐ aus folgenden Gründen nicht erfüllt ist:
4. Daher wurde zur Erstellung dieses Berichts eine internationale vorläufige Prüfung für folgende Teile der internationalen Anmeldung durchgeführt:
- ☐ alle Teile.
 - ☐ die Teile, die sich auf die Ansprüche Nr. beziehen.

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung
- | | |
|--------------------------------|---------------------------------------|
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 8-11, 15, 17 |
| | Nein: Ansprüche 1-7, 12-14, 16, 18-21 |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche |
| | Nein: Ansprüche 1-21 |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1-21 |
| | Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

- D1: DE 195 38 784 A (LUK GETRIEBE SYSTEME GMBH) 2. Mai 1996 (1996-05-02)
- D2: FR-A-2 598 765 (FICHEL & SACHS AG) 20. November 1987 (1987-11-20)
- D3: GB-A-2 346 351 (ROVER GROUP) 9. August 2000 (2000-08-09)
- D4: DE 195 32 163 A (CLOUTH GUMMIWERKE AG) 6. März 1997 (1997-03-06)
- D5: US-A-4 343 387 (HOFBAUER PETER) 10. August 1982 (1982-08-10)
- D6: US-A-6 050 652 (HONUS KLAUS ET AL) 18. April 2000 (2000-04-18)
- D7: US-A-4 656 883 (BENGTSSON LARS) 14. April 1987 (1987-04-14)
- D8: DE 100 41 387 A (DAIMLER CHRYSLER AG) 7. März 2002 (2002-03-07)
- D9: US-B-6 314 342 (BELL DALE ET AL) 6. November 2001 (2001-11-06)
- D10: WO 01/56827 A (RAAD BERNARD A ; PACIFIC SCIENT ELECTRO KINETIC (US)) 9. August 2001 (2001-08-09)
- D11: US-A-5 964 509 (NAITO YASUO ET AL) 12. Oktober 1999 (1999-10-12)

2. Die vorliegende Anmeldung erfüllt nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil der Gegenstand der Ansprüche 1 und 13 im Sinne von Artikel 33(2) PCT nicht neu ist.

2.1 Dokument D1 zeigt ein (Anspruch 1):

Verfahren zur Reduzierung von Schwingungen in einem Kraftfahrzeug, bei dem von einer Steuerungs- und Regelungsvorrichtung mittels geeigneter Sensoren die störenden Schwingungen festgestellt und bei einem Überschreiten von zuvor festgelegten Grenzwerten durch die Steuerungs- und Regelungsvorrichtung wenigstens eine Vorrichtung derart betätigt wird, dass die störende Schwingung vollständig beseitigt oder zumindest in ihrer Amplitude gedämpft wird, wobei die wenigstens eine Vorrichtung derart auf wenigstens ein rotierendes Bauteil im Fahrzeugantriebsstrang einwirkt, dass letzteres oder letztere beim Auftreten der Schwingungen kontinuierlich oder periodisch in ihrer Drehbewegung abgebremst oder zu einer Kompensationsschwingung angeregt werden.

2.2 Bemerkung: Bezüglich die "Regelungsvorrichtung", siehe D1, Anspruch 13:
"... dass ein Steuer- oder Überwachungssystem ... in Abhängigkeit von
Messsignale und/oder **Systemeingangsgrößen** in den einzelnen Bereichen der
Schlupf gezielt **angesteuert** werden kann."

2.3 Dokument D1 zeigt weiter eine (Anspruch 13):

Vorrichtung zur Durchführung des Verfahrens nach wenigstens einem der
Ansprüche 1 bis 12, wobei eine Steuerungs- und Regelungsvorrichtung, die
über Sensorleitungen mit Drehzahlsensoren (16, 17) und/oder
Schwingungssensoren zur Erfassung einer störenden Schwingung im
Antriebsstrang und/oder im Gesamtfahrzeug verbunden ist, sowie über
Steuerungsleitungen (9) mit Vorrichtungen (3) signaltechnisch in Verbindung
steht, mit denen Fahrzeugteile derart in Schwingungen versetzt oder
abgebremst werden können, dass deren Schwingungsfrequenz,
Schwingungsamplitude und Schwingungsphasenlage im Vergleich zur
Frequenz, Amplitude und Schwingungsphasenlage der störenden Schwingung
so ausgebildet sind, dass diese bei einer Überlagerung mit der störenden
Schwingung zumindest zu einer Dämpfung der Amplitude der störenden
Schwingung führt.

3. Die abhängigen Ansprüche 2-12 und 14-21 enthalten keine Merkmale, die in
Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruchs, auf den sie sich
beziehen, die Erfordernisse des PCT in bezug auf Neuheit bzw. erfinderische
Tätigkeit erfüllen, siehe die Dokumente D2 - D11 und die entsprechenden im
Recherchenbericht angegebenen Textstellen.

4. Bemerkung: Hilfsanträge sind nicht beim PCT-Verfahren vorgesehen.